

borderline-europe

Menschenrechte ohne Grenzen e.V.



**STREIFLICHT
ITALIEN**

März-Juni 2021

ITALIEN UND MALTA

- ∞ DIE SITUATION DER GEFLÜCHTETEN AUF MALTA
- ∞ „TOTE SIND AUCH NUR TOURIST*INNEN“
- ∞ DIE ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN LIBYEN UND ITALIEN FESTIGT SICH
- ∞ DRAGHIS DRÄNGEN IN DER EU
- ∞ VERTRÄGE MIT TUNESIEN – ALGERIEN SCHIEBT IN DIE WÜSTE AB
- ∞ WAS HAT DIE ABSCHAFFUNG DER SICHERHEITSDKRETE BEWIRKT?

KRIMINALISIERUNG AN LAND UND AUF SEE

- ∞ DIE KRIMINALISIERUNG GEHT WEITER

SITUATION DER GEFLÜCHTETEN

- ∞ RASSISTISCHE ÜBERGRIFFE MEHREN SICH
- ∞ ABSCHIEBUNGSHAFT NICHT EFFEKTIV
- ∞ EUROMED RIGHTS VERÖFFENTLICHT BERICHT ÜBER DIE RÜCKFÜHRUNGS-MANIE

ITALIEN UND MALTA

Die Situation der Geflüchteten auf Malta

Seit 2004 fordert das Anti-Folter-Gremium des Europarats Malta auf, eine Reform für den Umgang mit Geflüchteten zu verabschieden, leider erfolglos. Der allgegenwärtige Rassismus im Inselstaat scheint sich demnach auch im Aufnahmesystem widerzuspiegeln. Gruppierungen wie Malta-tal-Maltin und Defend Malta arbeiten aktiv an einer stetigen Zunahme von Hass und Ablehnung gegenüber Geflüchteten. Deswegen hat die maltesische Polizei seit dem letzten Jahr eine [Zunahme von Hassverbrechen](#)_registrieren müssen.



Flüchtlingslager auf Malta

Die Aufnahmezentren auf Malta gleichen zudem vielmehr Abschiebungsgefängnissen: "Die Bedingungen, unter denen Migrant*innen in den Aufnahme- und Haftzentren festgehalten werden scheinen aufgrund von Nachlässigkeit seitens der Behörden an unmenschliche und erniedrigende Behandlung zu grenzen", so das [Anti-Folter-Gremium](#) des Europarats. So müssen Personen anstelle von einigen Tagen mehrere Monate in diesen Zentren verweilen, teilweise sind 22 Menschen auf 30 Quadratmeter zusammengepfercht. Auch zuletzt zeigte sich Malta alles andere als ‚gastfreundlich‘ und verweigerte dem Rettungsschiff SEA-EYE 4 von der NGO Sea-Eye das Einlaufen in Valletta als sicheren Hafen.

Prozess zum tödlichen Ostermontag

13 Monate nach dem Schiffbruch, an dem 12 Menschen im maltesischen Rettungsgebiet starben und weitere 53 Überlebende nach Libyen zurückgebracht wurden, gaben Reeder nun zu, von [der maltesischen Regierung beauftragt und bezahlt worden zu sein](#), Geflüchtete illegal nach Libyen zurück zu bringen. Unter ihnen Carmelo Grech, der einige Motorboote besitzt und mindestens viermal diese illegalen „push-backs“ durchführte. Seit drei Jahren schon haben Malta und Libyen ein Abkommen, dass Libyen verpflichtet, Geflüchtete wieder zurückzunehmen, während Malta für deren Aufenthalt in libyschen Lagern zahlt, beispielsweise mit Lebensmittellieferungen. Von der Achtung der Menschenrechte kann nicht die Rede sein. Asylsuchende verklagten den maltesischen Staat und erklärten, ihre Rechte seien verletzt worden, als sie im April 2020 von einem privaten, in Libyen registrierten Fischereifahrzeug zurück nach Libyen gedrängt wurden. „Wenn der Staat private Schiffe engagiert, um in seinem Namen zu handeln, muss die Aktion als ein staatlicher Akt betrachtet werden“, so der Journalist Manuel Delia. Angeblich habe die europäische Grenzschutzagentur Frontex Boote in Gefahr an die zuständigen Seenotrettungsleitstellen gemeldet, jedoch sei niemand zu Hilfe gekommen. Alle wussten von den Booten in Seenot, aber niemand reagierte.

„Tote sind auch nur Tourist*innen“

Auf dem zentralen Mittelmeer sind immer mehr Tote zu verzeichnen. Die Bilder der [Leichen von zwei Babys](#) und Kleinkindern, die an libysche Strände gespült wurden, sollten erschüttern und zu einem Umdenken in der europäischen Abschottungspolitik führen. Niemand wird je nachvollziehen können, was diesen Kindern geschehen ist, wer sie waren und wer mit ihnen gestorben ist. Mario Draghi, der italienische Premierminister, äußerte, solche Bilder seien absolut inakzeptabel. Italien verhandelt jedoch weiterhin mit Libyen, um die Abfahrten zu stoppen. Die Kinder indessen wurden vom libyschen Militär auf dem Friedhof von Abu Qamash beerdigt.

Sie werden nicht die letzten sein. Doch vielen europäischen Politiker*innen scheint das alles gleichgültig zu sein. So auch Matteo Salvini, Chef der rechtsextremen Lega. Er ließ unverblümt in einer Sendung des staatlichen Fernsehsenders RAI 3 verlauten: „Wir brauchen Touristen, die Schönheit und Reichtum mitbringen, nicht Touristen, die an Land gehen und Probleme mitbringen.“ Dies äußerte er laut der [Onlinezeitung Fanpage](#) keine zwei Minuten, nachdem er die Fotos der Leichen der Kinder gesehen hatte, die an den Stränden Libyens angespült worden waren.

Die Zusammenarbeit zwischen Libyen und Italien festigt sich

All diese Toten sind von der EU, Italien sowie der sog. libyschen Küstenwache zu verantworten, die seit Jahren von Italien finanziert und durch Ausbildungen und Material unterstützt wird. Wie [borderline-europe](#) schon häufiger berichtete, bringt die [sog. libysche Küstenwache](#) viele Menschen zurück in Gefangenenlager in Libyen.



Polizei und Zollpolizei im Hafen von Porto Empedocle

Zusätzlich zu [Staatsbesuchen](#) in Libyen unterstützt Italien Libyen auch mit der Wartung von zwei [libyschen Patrouillenschiffe](#) in [Catania](#), Sizilien. Darüber, dass mit Hilfe dieser Schiffe Menschenrechtsverletzungen begangen werden, muss sich Italien im Klaren gewesen sein, sonst hätte es kaum einen „diskreten Unterstand“ für „große Schiffe“ gefordert, um sie „vor den Blicken Außenstehender zu verbergen“. Italien verweist auf die internationalen Organisationen [UNHCR](#) und

[IOM in Libyen](#), die vor Ort tätig sind. Das Innenministerium lobte die „wertvolle Arbeit des UNHCR und der IOM für die Achtung der Menschenrechte der in dem nordafrikanischen Land eingerichteten Zentren“. Die Organisationen lassen das aber nicht auf sich beruhen. „Unsere Intervention ist, wie wir schon seit langem sagen, eine praktische Hilfe“, mehr sei nicht erlaubt. In das System mit den Gefangenenlagern, in die die Menschen nach der ‚Rettung‘ durch die sog. libysche Küstenwache gebracht werden und in denen sie misshandelt werden, können die internationalen Organisationen nicht eingreifen. Daher erscheint es umso absurder, dass Italien den neuen [libyschen Premier Abdulhamid Dbeibah](#) gemeinsam mit 30 italienischen Großkonzernen (darunter der Rüstungskonzern Leonardo und der Mineralöl- und Energiekonzern Eni) nach Rom eingeladen hat. Thema des Treffens waren Migration und der wirtschaftliche Wiederaufbau des nordafrikanischen Staates. Der italienische Ministerpräsidenten Mario Draghi betonte ein weiteres Mal, dass Italien mehr „freiwillige Rückkehr“ [sic!] fördern möchte und ergänzte, dass dies auch direkt von Libyen aus geschehen solle.

Draghis Drängen in der EU

Die vermehrten Ankünfte in Lampedusa, die den Beginn des Sommers einleiteten, erinnerten [Mario Draghi](#) daran, die Forderungen an die EU nach einer Umverteilung von Geflüchteten zu bestärken. Bei dem zweitägigen EU-Gipfel Ende März stand das Thema Migration nicht auf der Tagesordnung. Dennoch sprach Draghi das Thema an – mit mäßigem Erfolg: seine [Forderungen](#) nach mehr Rückführungen von Menschen, die keinen anerkannten Schutzstatus haben sowie die freiwillige Umverteilung in andere EU-Staaten werden wohl kaum Fuß fassen. Zwar soll beim nächsten Treffen des Europa-Rats im Juni strukturiert über das Thema und insbesondere über den EU-Pakt zu Migration und Asyl diskutiert werden, eine [Einigung](#) zwischen den EU-Mitgliedsstaaten steht jedoch noch in weiter Ferne. In einem waren sich der italienische und der französische Premier doch einig. Sie hatten sich im Rahmen des

Gipfels zu zweit getroffen und im Anschluss verkündet, dass sie gemeinsam auf die EU einwirken möchten, um Maßnahmen zur Stabilisierung von Libyen und Zentralafrika zu beschließen. Dennoch bleiben bis zum nächsten Gipfel (und sicher auch darüber hinaus) die mit dem Sommer weiter zunehmenden Ankünfte ein Thema, das **Italien alleine** angehen muss. Die Leidtragenden dieser Handlungsunfähigkeit der EU sind wie immer die Migrant*innen und Geflüchteten, die in überfüllten Hotspots ausharren müssen, um auf einen Transfer zu warten.

Die EU-Kommissarin für Inneres **Ylva Johansson** hat ebenfalls auf die Ankünfte reagiert. Sie kündigte an, dass es einen „besonderen Solidaritätsmechanismus“ für Italien innerhalb des oben genannten Paktes geben solle. Der Vorschlag ist, direkt nach Rettungsoperationen die Verteilung der Geretteten auf die EU-Staaten zu organisieren. Eine Lösung ist das jedoch nicht, denn die Folgen davon kennen wir: tagelange strapaziöse stand-offs (warten auf die Zuweisung eines sicheren Hafens), weil sich kein Mitgliedstaat bereit erklärt, die Menschen aufzunehmen und Italien sie vorher nicht anlanden lässt.

Verträge mit Tunesien – Algerien schiebt in die Wüste ab

Am 20. Mai sind die italienische Innenministerin Luciana Lamorgese und die Kommissarin für Inneres der europäischen Kommission Ylva Johansson nach Tunesien gereist und trafen den Präsidenten der Republik Kais Saied und den Regierungschef **Hichem Mechichi**, der auch das Innenministerium interimswise leitet. Möglichst noch vor dem Sommer sollte die bilaterale Beziehung mit Unterstützung der Europäischen Union gestärkt werden, um die Externalisierung der europäischen Außengrenzen weiter zu festigen. Mit im Gepäck sind italienische und europäische Hilfspakete für Tunesien, die die von der Pandemie geschwächte Wirtschaft wieder in Gang bringen sollen. "Gemeinsam mit Kommissarin Johansson haben wir mit den tunesischen Behörden die politischen Leitlinien skizziert, entlang derer sich die strategische Partnerschaft zwischen der

Europäischen Union und der Republik Tunesien entwickeln muss", so **Lamorgese**. Das ‚Geschenk‘ von tunesischer Seite hingegen sollen flexiblere Rückführungen und strengere Kontrollen an dessen Küsten sein. Geplant ist zum einen die Rückführung von Geflüchteten nach Tunesien, zwei Flüge mit insgesamt 80 Personen sollen – wie auch schon vor der Pandemie – pro Woche angesetzt werden. Weitere gemeinsame Abwehrmaßnahmen sind in Planung.



Straße von Tunis nach Tripolis

In **Algerien** sehen wir was passiert, wenn Geflüchtete zurückgedrängt werden und häufig über mehrere Monate in Abschiebungszentren verbringen müssen. Dort ist es eine gängige Praxis der Polizei, die Geflüchteten in Lastwagen oder Bussen in die Wüste zu bringen und dort ca. 15 km vor der Grenze zu Niger auszusetzen. Zeug*innenaussagen belegen, dass einige Personen sich in der Wüste verirren, sterben und andere vermisst werden. Die NGO Ärzte ohne Grenzen e.V. zählte bei 30.000 Abschiebungen in Algerien nur ca. 23.175 Personen, die in dem Dorf Assamaka in Niger angekommen sind. Trotz des beschlossenen Abkommens im Rahmen des „**Malta-Gipfels**“ werden Personen misshandelt, willkürlich verhaftet und in Länder geschickt in denen ihnen weitere Gewalt oder Verfolgung drohen.

Was hat die Abschaffung der Sicherheitsdekrete bewirkt?

Nachdem Ende letzten Jahres ein neues **Migrationsgesetz** die sog. Salvini-Dekrete ablöste, zog das Netzwerk **Europasilo** eine Bilanz der Veränderung. "Trotz der

Proklamationen in diesen Monaten hat sich seit der Ära Salvini nicht viel geändert. Was bisher von der Zentralverwaltung getan wurde, steht im völligen Widerspruch zu dem, was angekündigt wurde, und so setzt sich die Logik der Bevorzugung der großen Zentren fort“, so Gianfranco Schiavone vom Italienischen Solidaritätskonsortium (ICS) aus Triest. Eigentlich solle es ein System mit gleichen Dienstleistungen für Asylsuchende sowie für anerkannte Geflüchtete geben, „aber stattdessen wird ein*e Asylsuchende*r unterschiedlich behandelt, je nach der Einrichtung, in der er*sie aufgenommen wird“, fügt er hinzu. Anstatt der Vergabe von Ausschreibungen an kleine Zentren würden weiterhin große Unterkünfte finanziert, in denen schlechte Leistungen angeboten werden.

Auch ein [Monitoring-Projekt](#) über die Vergabe des Schutzstatus' in 15 italienischen Städten kommt zu keinem besseren Schluss: „Leider hat sich herausgestellt, dass das Gesetz überhaupt nicht angewandt wurde, was zu ernsthaften Verfahrensproblemen geführt hat. Konkret sind Hunderte von Menschen, die bereits unter den Folgen der ‚Sicherheitsdekrete‘ gelitten haben, weiterhin in einem gefährlichen rechtlichen Schwebezustand und in Unregelmäßigkeiten gefangen, und zwar in ganz Italien“. Zu dem Thema werden die Schweizerische Flüchtlingshilfe und borderline-europe in Kürze einen Bericht veröffentlichen.

KRIMINALISIERUNG AN LAND UND AUF SEE

Die Kriminalisierung geht weiter

Wie schon in unserem [letzten Scirocco](#) berichtet hält die Kriminalisierung von Menschen, die Geflüchteten zur Seite stehen, auf Land und auf See an. Der ehemalige Bürgermeister von Riace (Kalabrien), Mimmo Lucano, war der Politik mit dem von ihm geleiteten [Inklusionsprojekt Riace](#) ein Dorn im Auge und soll nach Vorstellung der Staatsanwaltschaft von Locri für [sieben Jahre und 11 Monate](#) ins Gefängnis. Für seine

Lebensgefährtin verlangte der Staatsanwalt vier Jahre und vier Monate Haft. Sie sollen sich des Amtsmissbrauchs, der Gründung einer kriminellen Vereinigung, Beihilfe zur illegalen Einreise und Vielem mehr schuldig gemacht haben. Lucano dazu: Die Strafen sind „so hoch, weil es ein weiterer Beweis dafür ist, dass Riace und das Modell, das wir geschaffen hatten, beängstigend sind. Es war ein politisches Ideal, das sie zerstören wollen. Es ist kein Zufall, dass alles im Jahr 2016 begann, als (...) der Kriminalisierung der Solidarität in Italien und Europa Tür und Tor geöffnet wurden. Salvini kam danach und vollendete die Arbeit.“ Der Bürgermeister von Neapel, Luigi di De Magistris, zeigt sich entsetzt: "Ich respektiere die Autonomie der Richter, aber ich bin sprachlos: Die Menschlichkeit eines gerechten Mannes wird nicht aufgehalten. Wir sind stolz, auf der Seite von Mimmo zu stehen, einem Symbol Kalabriens gegen Mafia und Gewalt." Das letzte Wort, so Lucano, sei hier noch nicht gesprochen.



Sehr klar legen die Autoren von [The Intercept](#) in einer Recherche dar, wie der einstige Antimafiapool in Italien nun zur Bekämpfung der so genannten illegalen Migration dient. Kriminalisiert werden dabei nicht nur die Seenotrettungs-NGOs, sondern auch die Migrant*innen selber. Fünf Tage nach dem Start von Mare Nostrum im Jahr 2013, so die Autoren, startete Franco Roberti, damaliger Chef des Antimafiapools, einen Plan: eine Reihe

von Koordinationstreffen zwischen den höchsten Rängen der italienischen Polizei, der Marine, der Küstenwache und des Justizwesens fanden statt. Unter Roberti liefen diese Treffen vier Jahre lang und bezogen schließlich Vertreter*innen von Frontex, Europol, einer EU-Militäroperation und sogar Libyen ein. Es wurde immer klarer, dass die NGOs den Plan, sog. Menschen-Schmuggler zu identifizieren, störten, da sie keine Informationen an die Polizei geben. Erstmals wurde diskutiert, wie man die Seenotrettungs-NGOs in die Schranken weisen könnte, einige Staatsanwälte starteten eigene Ermittlungen.

Gute Nachrichten gibt es hingegen von der italo-französischen Grenze. Schon Mitte März wurden die beiden Aktivist*innen [Sara Hamssaoui](#) und [Marcel Horstmann](#) von dem Vorwurf der Beihilfe zur illegalen Einreise freigesprochen. Der Sachverhalt geht auf den 26. Juni 2017 zurück, als die Gemeinde Ventimiglia die Evakuierung der Lager in der Gegend von Gianchette, im Bett des Wildbachs Roja, anordnete, in denen etwa 400 Migrant*innen lebten. Diese machten sich daraufhin auf den Weg zur französischen Grenze. Hamssaoui und Horstmann hatten materielle und medizinische Hilfe geleistet und wurden angeklagt, die Geflüchteten auch über die Grenze geführt zu haben. Dem widersprach der Richter der Voruntersuchung und wies den Antrag auf die Eröffnung eines Prozesses ab.

SITUATION DER GEFLÜCHTETEN

Rassistische Übergriffe mehren sich

Leider wird Geflüchteten das Leben nicht nur von Behörden schwer gemacht. Auch rassistische Ausschreitungen und Proteste von rechtsextremen Gruppen und individuellen Personen sind wieder häufiger zu verzeichnen.

Bei den letzten Ankünften der Ocean Viking am 1. Mai und der SEA-EYE 4 am 21. Mai wurden die Geretteten nicht mit offenen Armen

empfangen. Stattdessen erwarteten die Geretteten der SEA-EYE 4 [rassistische Kommentare](#) der lokalen Behörden während der Ausschiffung und den medizinischen Untersuchungen. Die Ocean Viking, die unter norwegische Flagge fährt, wurde dagegen mit einem großen Banner von der [rechtsextremen CasaPound](#) am Pier aufgefordert, nach Norwegen zu fahren.

Doch dass es noch darüber hinaus gehen kann, zeigt der Tod des 23-jährigen Guineers [Musa Baide](#) im norditalienischen Turin. Musa hatte drei Männer um Almosen gefragt. Anstatt ihm ein paar Münzen zu geben reagierten diese mit so vielen Schlägen, dass Musa mit seinen Verletzungen und einem Gesichtstrauma ins Krankenhaus gebracht werden musste. Als dort festgestellt wurde, dass er keine regulären Dokumente hatte, wurde er in ein [Rückführungszentrum](#) gebracht, um nach Guinea abgeschoben zu werden. In dem Zentrum, das man auch Gefängnis nennen könnte, herrschen unzumutbare Zustände. Musa hatte weder Zugang zu einem offenen Bereich, wo er den Himmel sehen konnte, noch zu einem Telefon. Er hielt es nicht mehr aus und nahm sich das Leben. Nachdem er auf der Straße einen gewalttätigen rassistischen Übergriff erlitten hatte, hätte Musa Baide versorgt und in einem Zentrum untergebracht werden müssen. Doch stattdessen wurde er behandelt, als wäre er der Schuldige gewesen.



Ehemalige Abschiebungshaft Serraino Vulpitta, Trapani

Tatsächlich schuldig und nun auch vom Obersten Gerichtshof zu 12 Jahren Haft verurteilt ist in einem anderen Fall Luca [Traini](#), der 2018 aus einem Auto heraus in Macerata

(Region Marche) wahllos auf Menschen dunkler Hautfarbe geschossen hatte. Unfassbar jedoch das Plädoyer der Verteidigung: "In Trainis Verhalten liegt kein rassistischer Hass vor. (...) Es könnten auch Gelbe oder Rothäute sein und es wäre die gleiche Sache gewesen. Es gab kein Massaker, weil das Verbrechen die Unbestimmbarkeit der angegriffenen Personen erfordert." Das Gericht hingegen hat Rassismus als erschwerenden Tatbestand erkannt.



Foto: ying-ge-wr0R2mhgoRs-unsplash

Abschiebungshaft nicht effektiv

Immer lauter wird die Kritik an den Zuständen in den Rückführungszentren (Cpr) in Italien. Das wurde erneut bestätigt, nachdem mehrere Zentren in Italien über einen Zeitraum von knapp einem Jahr beobachtet wurden. Der Präsident des Nationalen Garanten für die Rechte von Personen im Freiheitsentzug, [Mauro Palma](#), stellt eine „mangelnde Effektivität“ des Systems fest. Sowohl die sanitären Bedingungen, als auch eine primitive Architektur müssen, so Palma, regelmäßig kontrolliert und ausgebessert werden. Außerdem fehlen Sozialräume und Möglichkeiten, der jeweiligen Religion nachzugehen. Hinzu kommt das Verbot der Nutzung von Handys in den meisten Zentren, wie auch in dem von Musa Baide (siehe oben). Dies stellt eine Einschränkung des Rechts auf [Kommunikationsfreiheit](#) der Inhaftierten dar. Die Problematik dieses Kommunikationsverbots zeigt sich ebenfalls in dem Fall eines Asylsuchenden, der vor seiner Haftprüfung nicht mit seinem Anwalt in Kontakt treten und folglich auch nicht seine Hilfe in Anspruch nehmen konnte. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass eine Korrespondenzfreiheit zu bestimmten Personen, wie Anwält*innen

und Familienangehörigen notwendig gewährleistet werden muss, was demgemäß auch den Besitz eines Handys ermöglicht. Ein hilfreiches Urteil, doch es löst leider nicht die grundsätzliche Problematik des Bestehens dieser Abschiebungsgefängnisse. Hier der [Bericht](#).

Euromed veröffentlicht Bericht über die Rückführungs-Manie

EuroMed Rights, eine regionale Nichtregierungsorganisation mit dem Ziel, Menschenrechte und Demokratie für alle auf beiden Seiten des Mittelmeers zu fördern, hat eine Recherche zu diversen Ländern herausgegeben, in der sich mit der „[Rückführungs-Manie](#)“ auseinandergesetzt wird. „Die Untersuchung gibt einen Überblick über die aktuellen Rückkehrpolitiken und -praktiken in der Euro-Mediterranen Region und beleuchtet die Menschenrechtsverletzungen, die diese „Rückkehrbesessenheit“ mit sich bringt, die sowohl in den Mitgliedsstaaten als auch in den EU-Institutionen und in Drittländern herrscht. Der Bericht konzentriert sich dabei auf Rückführungen aus der Türkei und dem Libanon nach Syrien sowie auf Rückübernahmeabkommen zwischen Italien und Tunesien, Spanien und Marokko sowie Frankreich und Marokko. Außerdem werden die Rückführungen aus Deutschland und Italien nach Ägypten betrachtet.“ In Kapitel 4 werden die [Rückführungen von Italien nach Tunesien](#) behandelt.

Lesen Sie auch unsere [Corona-Updates](#) und unsere [Central Med Info](#) auf unserer Homepage!

Kontakt

[borderline-europe](#)
Menschenrecht ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/>
mail@borderline-europe.de
jg@borderline-europe.de